

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 4

Artikel: "Befreiung der Schweiz" oder "Angriff auf Sozialstaat"? Die Diskussion um ein Grundeinkommen
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Befreiung der Schweiz» oder «Angriff auf Sozialstaat»? Die Diskussion um ein Grundeinkommen

Von der Wiege bis zur Bahre monatlich 2500 Franken für jeden, und zwar voraussetzungslos: Das will die Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Dieses Anliegen wirbelt die altbekannten politischen Fronten durcheinander.

Von Jürg Müller



Die Antwort könnte schwierig sein

Am 4. Oktober 2013 soll es in Bern ein Fest geben: Die Initiantinnen und Initianten laden ein, einem «historischen Ereignis» beizuwohnen. Sie wollen dann die mindestens 100 000 Unterschriften ihrer Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen bei der Bundeskanzlei einreichen. Das Thema ist nicht nur in der Schweiz aktuell, auch in der EU werden Unterschriften für eine EU-Bürgerinitiative (nicht vergleichbar mit der schweizerischen Volksinitiative) gesammelt. Der Titel lautet dort: «Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) – Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU.»

Dass sowohl in der Schweiz wie auch in der EU für das gleiche Anliegen Unterschriften gesammelt werden, ist eine doch eher ungewöhnliche Situation. Ob das dereinst wirklich historisch genannt werden darf, wird sich erst noch weisen müssen. Die Schweiz wäre jedenfalls das erste Land, das dieses «Finanztransfermodell» einführen würde. Neu ist die Idee allerdings nicht.

Das Konzept beim Grundeinkommen ist simpel: Jeder Mensch soll, unabhängig davon, ob er einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nicht, und unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage, eine fixe finanzielle Grundausstattung erhalten; dies notabene ohne Gegenleistung und ohne Prüfung der sozialen Bedürftigkeit. Die verschiedenen Modelle sehen unterschiedliche Lösungen für die Finanzierung und für spezielle soziale Situationen vor. Das Grundeinkommen soll aber das Existenzminimum garantieren. Die Schweizer Initianten nennen dafür einen Betrag von monatlich 2500 Franken für jede erwachsene Person, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre erhielten einen Viertel eines Grundeinkommens, also 625 Franken.

Umstrittene Finanzierung

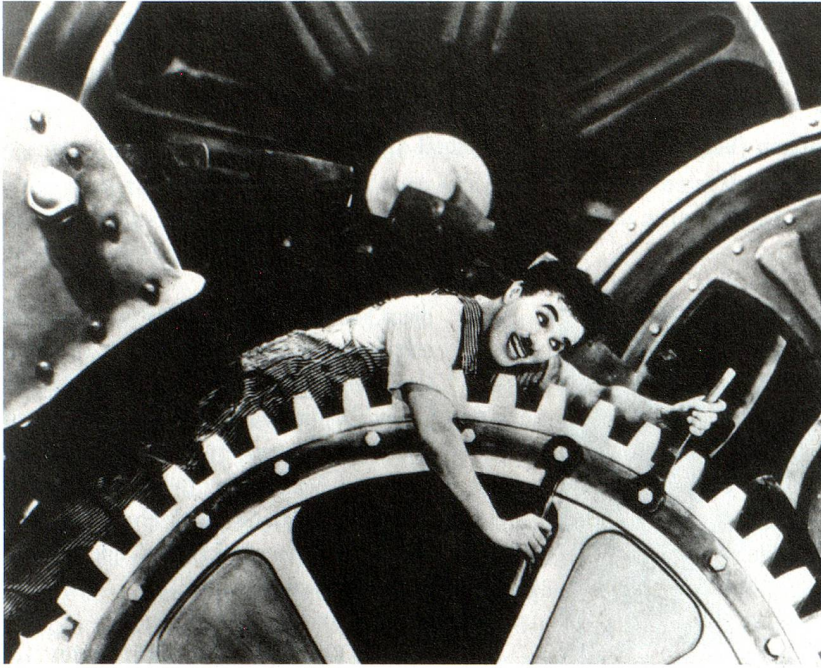
Nichts steht im Initiativtext über die Finanzierung. In einer Begleitdokumentation werden allerdings einige Überlegungen dazu angestellt. Zum einen sollen die Löhne um den Betrag des Grundeinkommens sinken: Wenn jemand 6000 Franken monatlich ver-

dient, soll er vom Arbeitgeber nur noch 3500 erhalten, 2500 Franken fliessen in den Grundeinkommenstopf. Weiter ersetzt das Grundeinkommen gewisse Sozialleistungen. Wie der Rest finanziert werden soll, ist selbst unter den Anhängern des BGE umstritten. Massive Erhöhung der Mehrwertsteuer? Einführung einer Reichtums- oder Finanztransaktionssteuer?

«Grosse Koalition» der Befürworter

Wäre erst einmal der Grundsatz in der Bundesverfassung verankert, erwiese sich die konkrete Umsetzung als Herkulesarbeit oder als kaum realisierbares Unterfangen. Immerhin trägt das Anliegen das Potenzial in sich, altbekannte Fronten durcheinanderzuwirbeln. Und das macht die Debatte über das BGE zu einem spannenden politischen Projekt. Befürworter finden sich links, in der Mitte und rechts im politischen Spektrum. Aber auch die vehementesten Gegner stammen aus unterschiedlichen Lagern. Die Trennlinie verläuft also nicht nur zwischen den politischen Blöcken, sondern auch mitten durch Parteien und Gruppierungen. So steht denn auch keine Partei und keine Lobby hinter der Volksinitiative, sondern ein loses Netzwerk Gleichgesinnter verschiedener Herkunft und unterschiedlichster Interessen. Als prominentester Vertreter sitzt Oswald Sigg im Initiativkomitee, SP-Mitglied, ehemaliger Vizekanzler und Bundesratssprecher. Auf der Liste der Unterstützer findet man aber auch vereinzelt Ökonomen der Universität St. Gallen oder der ETH.

Diese «grosse Koalition der Grundeinkommensbefürworter» bestehe aus Neoliberalen, progressiv denkenden Bürgerinnen und Bürgern und Leuten aus dem linken Spektrum, schreibt Heiner Flassbeck, bis Ende letzten Jahres Direktor bei der Unctad (Uno-Organisation für Welthandel und Entwicklung) in seinem Buch «Irrweg Grundeinkommen». Alle Befürworter hegen die Hoffnung, mit einfachen Mechanismen Probleme zu lösen. Teile des rechten politischen Spektrums wollten mit einem –



Welchen Wert hat Arbeit?

natürlich möglichst tiefen – Grundeinkommen die grundlegende Debatte über Verteilungsfragen dauerhaft unterbinden. Die linke Seite hoffe, «die Armut erfolgreich zu bekämpfen und zugleich die ökologische Frage und die Frage nach den «wahren Werten» des Lebens sinnvoll zu beantworten». Für Flassbeck sind das alles Illusionen.

Für die Promotoren der Volksinitiative bedeutet das BGE nicht weniger als «die Befreiung der Schweiz». Dies ist auch der Titel des Begleitbüchleins zur Initiative. Dort ist sehr viel von Befreiung aus Zwängen, von Freisetzung von Kreativität die Rede. Jeder Mensch wolle arbeiten, heisst es da, suche darin aber auch Sinn und Selbstverwirklichung. Mit dem Existenzminimum gäben sich ohnehin die wenigsten zufrieden. Da stellt sich aber die Frage: Wer macht dann noch all die schlecht bezahlte, harte Arbeit, die niemand tun will? Die entwaffnende Antwort gibt Ulrich Beck, einer der bekanntesten deutschen Soziologen, der deutschen Zeitung «Tagesspiegel»: «Die werden dann richtig teuer werden, gerade weil sie gemacht werden müssen und weil man dann niemanden mehr einfach mit einem Hungerlohn abspeisen kann.»

Gesellschaftliche Grundfragen

Für Oswald Sigg geht es um Grundsätzliches: Die BGE-Initiative stelle «erst einmal Fragen über Arbeit, Einkommen, Reichtum, Armut, über eine egoistische oder gerechte, über eine solidarische oder eine kapitalisti-

sche Gesellschaft». Er weist zudem darauf hin, dass 50 Prozent der geleisteten Arbeitsstunden unbezahlt seien: Hausarbeit, Familienarbeit, Sozialarbeit, politische und kulturelle Arbeit. Diese Tendenz nehme zu, weil Produktivitätsfortschritte zum Abbau von Lohnarbeitsplätzen führten. Gleichzeitig sei «unser ausgebautes Sozialsystem von einer eigenartigen Dunkelziffer» geprägt: «Viele Menschen, die sich in einer Notlage befinden, verzichten auf die öffentliche Sozialhilfe.» Gegen 60 Prozent jener notleidenden Menschen, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten, meldeten sich gar nicht erst auf den Sozialämtern, weiss Sigg. Der Grund: Jeder Gesuchsteller unterliege «einem von der Politik geschürten Generalverdacht: Man misstraut ihm». Deshalb ist für Sigg klar: Das System des sozialen Ausgleichs funktioniere nicht. Das allein schon zeige, wie notwendig das BGE sei.

Den Staat verschlanken

Die neoliberalen Verfechter des Grundeinkommens verfolgen einen anderen Ansatz: Für sie steht nicht der soziale Gedanke im Vordergrund, ihr Ziel ist die Verschlinkung des Staates. Thomas Straubhaar, neoliberaler Schweizer Anti-Etatist und Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, will mit dem BGE die bisherigen Sozialversicherungssysteme ersetzen und die staatlichen Transferleistungen zusammenführen. Ins gleiche Horn stösst der frühere Chefökonom der UBS, Klaus W. Wellershoff. Er be-

zeichnet in einem Interview das heutige Sozialversicherungssystem als «wahnsinnig kompliziert, unhaltbar» und in seiner Komplexität gar «undemokratisch». Für ihn ist «das Entscheidende am Grundeinkommen die Transparenz».

Linke und Wirtschaft wenig begeistert

Die bezahlte Arbeit als Leitbild von Wirtschaft und Gesellschaft wird mit dem BGE in Frage gestellt. Das ist eine Herausforderung für die traditionelle Linke ebenso wie für die Wirtschaft. Für den Ökonomen Rudolf H. Strahm, früherer SP-Nationalrat und Preisüberwacher, ist das BGE ein «fundamentaler, gezielter Angriff auf den Sozialstaat». Dies, weil man mit 2500 Franken einheitlicher Monatsrente die massgeschneiderten Sozialversicherungen gegen Armut, Behinderung, Bedürftigkeit und dergleichen nie ersetzen kann. Zudem würde die Eigenverantwortung der jungen Menschen für ihre Existenz und ihre Zukunft untergraben. Der ständige Staatsunterhalt wäre ein «Motivations- und Energiekiller», ein «gesellschaftlicher Anreiz zu einer Null-Bock-Grundhaltung mit verpassten Lebenschancen».

Auch der frühere SP-Nationalrat und Gewerkschafter André Daguet warnt vor der BGE-Initiative. Das bürgerlich dominierte Parlament würde bei der konkreten Ausgestaltung des Grundeinkommens zu einem sozialen Kahlschlag ansetzen: möglichst tiefes Grundeinkommen, Abschaffung der übrigen Sozialversicherungen. Das führe dazu, dass die sozial Schwachen «definitiv gesellschaftlich marginalisiert und die Tiefstlöhne nach unten» gedrückt würden, schreibt Daguet im SP-Parteiblatt «links».

Auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat sich mit der Initiative beschäftigt und im Oktober 2012 eine ausführliche Studie dazu veröffentlicht. Das Urteil ist vernichtend: Das BGE sei eine «teure und wohlstandsgefährdende Utopie» mit «voraussichtlich gravierendem Einfluss auf die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz». Economiesuisse kommt auch zum Schluss, dass die Einsparungen im Sozialsystem, sofern man keine Leistungskürzungen vornehme, wesentlich geringer ausfallen könnten, als man auf den ersten Blick erwarten würde. Dies, weil zahlreiche Transferzahlungen weit über das geplante Grundeinkommen hinausgehen.